



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

15. Dezember 2017

Wochenbericht KW 50

forsa | Emnid | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 34 % bzw. 32 %, SPD bei 22 % bzw. 20 %
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben
Wirtschaft:	Erwartungen leicht pessimistisch
Eigene finanzielle Lage:	Die meisten Bundesbürger erwarten keine Veränderungen
Flüchtlinge:	Mehrheitlich keine Sorgen über die hohen Flüchtlingszahlen in Deutschland; allerdings sehen die Bürger eher keine Fortschritte bei der Bewältigung der Situation
Wichtigstes Thema:	Koalitionsverhandlungen/Regierungsbildung

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS	infratest dimap für ARD
CDU/CSU	34 (-)	32 (-1)	32 (-)
SPD	20 (-)	22 (+1)	20 (-1)
FDP	8 (-)	8 (-1)	9 (-)
DIE LINKE	9 (-)	9 (-1)	9 (-1)
B'90/Grüne	12 (-1)	11 (-)	12 (+1)
AfD	11 (+1)	13 (+1)	13 (-)
Sonstige	6 (-)	5 (+1)	5 (+1)
Erhebungszeitraum	04.-08.12.	07.-13.12.	11.-13.12.

Die Union liegt bei forsa 14 (-), bei infratest dimap 12 (+1) und bei Emnid 10 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Merkel	49 (-1)
Schulz	20 (+1)
keinen von beiden	31 (-)
Erhebungszeitraum	04.-08.12.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 29 (-2) Prozentpunkte vor Martin Schulz.

90 % (-1) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Merkel und 2 % (-) Schulz.

Von den SPD-Anhängern würden sich 61 % (+6) für Schulz und 18 % (-3) für Merkel entscheiden.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (17.12.2017)

Problemlösungskompetenz

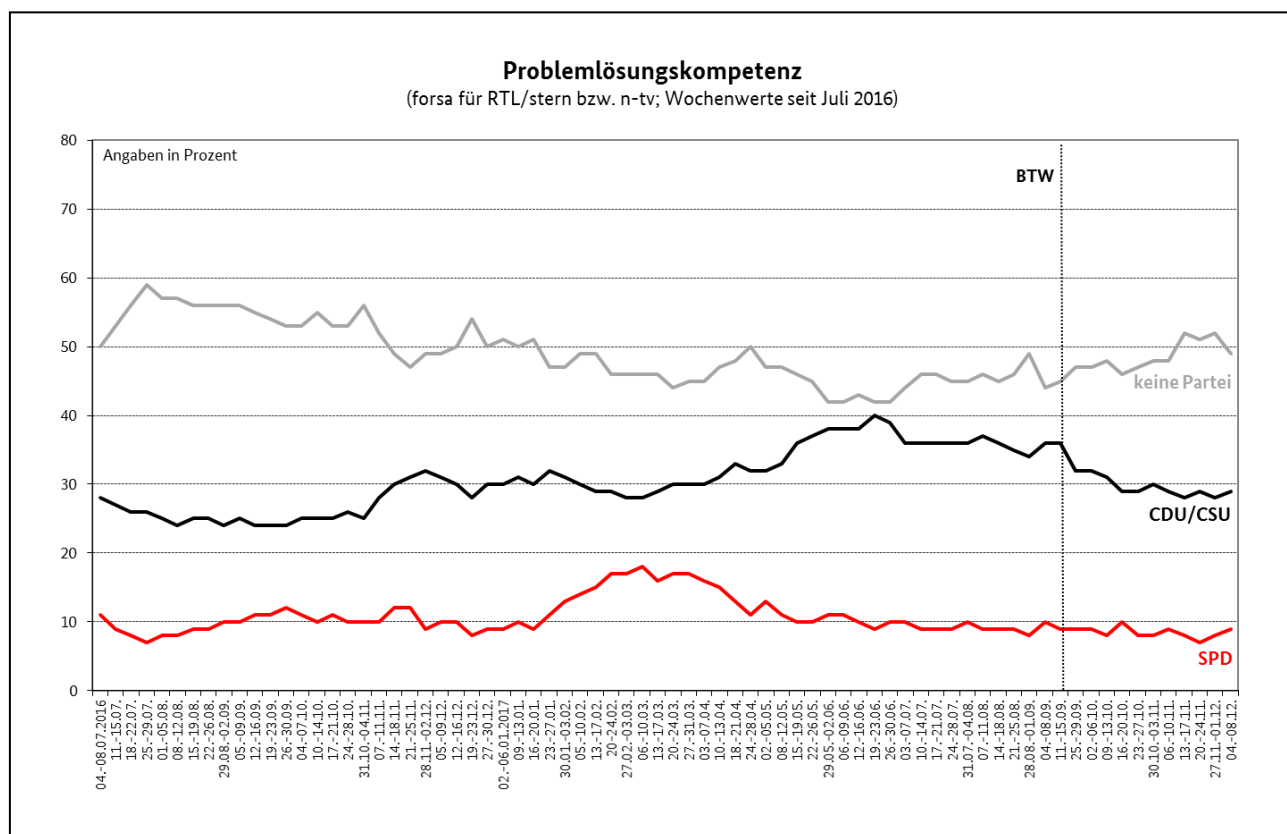
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	29 (+1)	
SPD	9 (+1)	
sonstige Parteien	13 (+1)	
keine Partei	49 (-3)	
Erhebungszeitraum	04.-08.12.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 20 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

49 % (-3) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

68 % (-1) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 38 % (-2) von ihrer Partei.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im Dezember 2017

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im November 2017

Ernied für BPA

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	70 (+1)	27 (-2)	2 (+1)	1 (+1)
Altersversorgung langfristig sichern	65 (+3)	31 (-)	2 (-2)	1 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	58 (+6)	36 (-6)	5 (+1)	1 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	58 (-1)	35 (-1)	5 (+2)	1 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	54 (-1)	40 (+4)	4 (-2)	2 (+1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	54 (+4)	38 (-3)	5 (-1)	1 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	51 (+1)	42 (+1)	5 (-1)	1 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	48 (+4)	38 (-5)	10 (+1)	2 (+1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	46 (-)	44 (+1)	8 (-1)	1 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	42 (+2)	43 (+1)	11 (-3)	2 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	37 (-)	49 (+3)	10 (-1)	3 (-1)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	36 (+1)	46 (-)	10 (-1)	7 (+2)
für bezahlbare Strompreise sorgen	33 (-1)	52 (+2)	12 (-2)	2 (+1)
deutsche Interessen in der EU vertreten	32 (+3)	54 (-2)	11 (-)	2 (-)
neue Technologien fördern	32 (-)	51 (-2)	13 (+2)	3 (+2)
Verbraucherschutz stärken	30 (+4)	54 (-1)	13 (-)	1 (-1)
Energiewende zügig vorantreiben	29 (-2)	50 (+4)	16 (-2)	3 (-)
für Preisstabilität sorgen	27 (+1)	56 (+3)	13 (-3)	3 (+1)
Staatsschulden begrenzen	27 (+2)	50 (-2)	19 (+2)	2 (-2)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	22 (+1)	56 (+1)	17 (-2)	3 (-)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	21 (+3)	61 (+1)	14 (-2)	3 (-)
Erhebungszeitraum	05.-12.12.2017			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird überdurchschnittlich häufig von unter 30-Jährigen (81 %) und Personen mit mittlerer formaler Bildung (76 %) sowie von Anhängern der AfD (82 %), der Grünen (79 %), der SPD (78 %) und der Linkspartei (76 %) als sehr wichtig angesehen. 40- bis 49-Jährige (55 %) und Personen mit einfacher formaler Bildung (64 %) sowie Anhänger der FDP (58 %) betrachten sie unterdurchschnittlich oft als sehr wichtig.

Die langfristige Sicherung der Altersversorgung wird von über 60-Jährigen (70 %) sowie von Anhängern der AfD (80 %), der FDP (77 %) und der SPD (70 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. 30- bis 49-Jährige (58 %) betrachten die langfristige Sicherung der Altersversorgung unterdurchschnittlich oft als sehr wichtig.

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen Dezember 2017

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im November 2017

Emnid für BPA

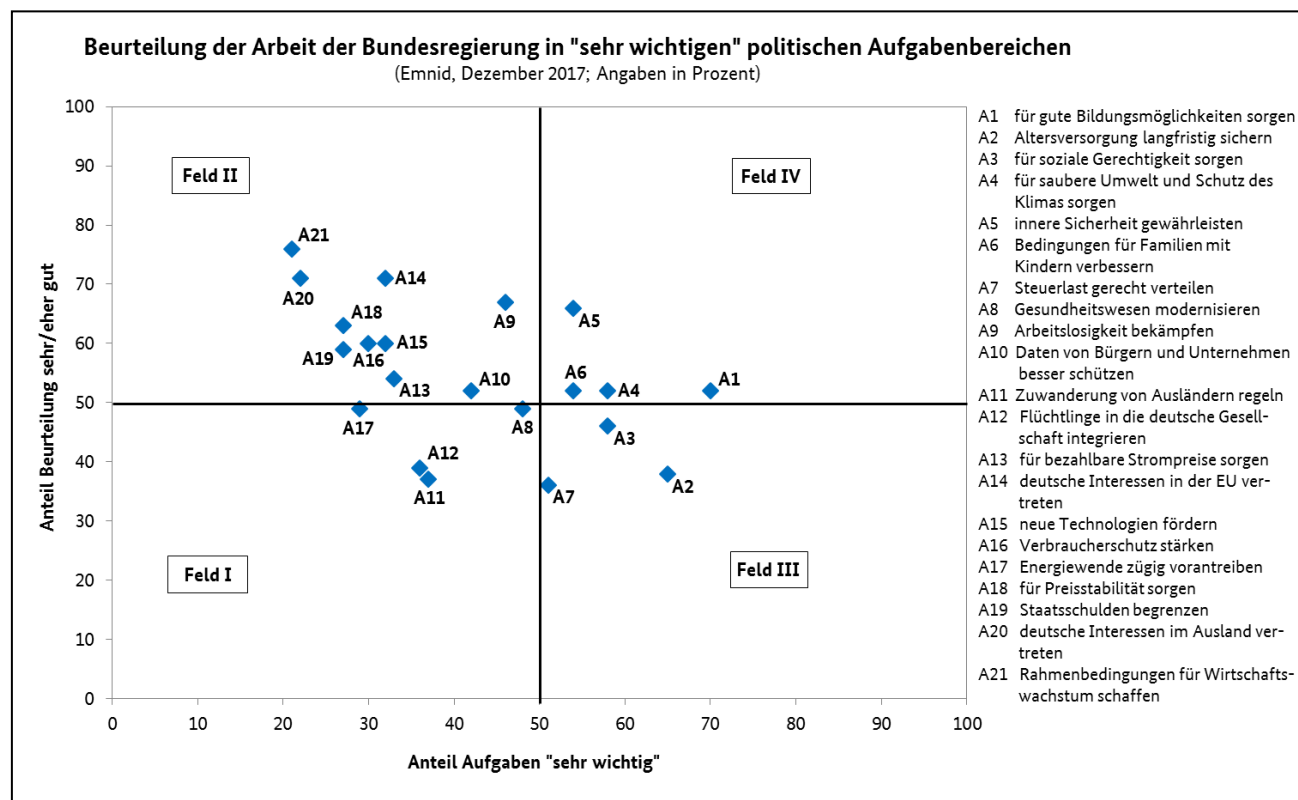
politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	76 (+3)	16 (-2)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	71 (-1)	22 (+2)
deutsche Interessen in der EU vertreten	71 (-5)	23 (+5)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	67 (-2)	28 (+2)
innere Sicherheit gewährleisten	66 (+7)	31 (-5)
für Preisstabilität sorgen	63 (-5)	30 (+5)
neue Technologien fördern	60 (-2)	32 (+2)
Verbraucherschutz stärken	60 (+7)	32 (-7)
Staatsschulden begrenzen	59 (-4)	33 (+3)
für bezahlbare Strompreise sorgen	54 (+1)	38 (-3)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	52 (-1)	39 (-)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	52 (-3)	43 (+3)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	52 (-2)	44 (+2)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	52 (+1)	44 (+2)
Energiewende zügig vorantreiben	49 (-2)	45 (+2)
Gesundheitswesen modernisieren	49 (+2)	45 (-2)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	46 (-1)	51 (+2)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	39 (+1)	57 (+1)
Altersversorgung langfristig sichern	38 (-2)	56 (+1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	37 (-)	60 (+5)
Steuerlast gerecht verteilen	36 (+1)	58 (-2)
Erhebungszeitraum	05.-12.12.2017	

In 14 von 21 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Die höchste Zustimmung erhält die Bundesregierung für die Wirtschaftspolitik (76 %).

In den Politikfeldern "innere Sicherheit gewährleisten" und "Verbraucherschutz stärken" bewertet im Vergleich zum Vormonat jeweils ein um 7 Prozentpunkte höherer Anteil der Bevölkerung die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut.

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in "sehr wichtigen" politischen Aufgabenbereichen

Setzt man die sehr bzw. eher gute Beurteilung der Regierungsarbeit in einzelnen politischen Aufgabenbereichen ins Verhältnis zur Einschätzung dieser Aufgaben als „sehr wichtig“, so erhält man eine **Vier-Felder-Tafel**, aus der sich Stärken und Schwächen der Regierungsarbeit aus Sicht der Bundesbürger entnehmen lassen.



Im **Feld I** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, mit denen die Bundesbürger zwar bezogen auf die Regierungsarbeit nicht zufrieden sind, die jedoch auch nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ betrachtet werden.

Im **Feld II** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, in denen die Bundesbürger der Regierungspolitik zwar mehrheitlich eine gute Beurteilung aussprechen, die aber nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ eingestuft werden. In diesem Feld liegen die meisten politischen Aufgabenbereiche.

Im **Feld III** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die von den Bundesbürgern mehrheitlich als „sehr wichtig“ betrachtet werden, in denen aber nur weniger als die Hälfte der Deutschen die Regierungsarbeit positiv beurteilt. Handlungsbedarf sehen die Bundesbürger somit vor allem bei der gerechten Verteilung der Steuerlast (A7), der langfristigen Sicherung der Altersversorgung (A2) und im Aufgabenbereich „für soziale Gerechtigkeit sorgen“ (A3).

Im **Feld IV** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, bei denen eine hohe Übereinstimmung zwischen der Einschätzung der Wichtigkeit und der Beurteilung der Regierungspolitik festzustellen ist. Folglich sind für die Mehrheit der Bundesbürger die Gewährleistung der inneren Sicherheit (A5), die Bildungspolitik (A1), der Umwelt- und Klimaschutz (A4) und die Familienpolitik (A6) sehr wichtige politische Aufgabenbereiche, in denen die Bundesregierung bereits sehr bzw. eher gute Arbeit leistet.

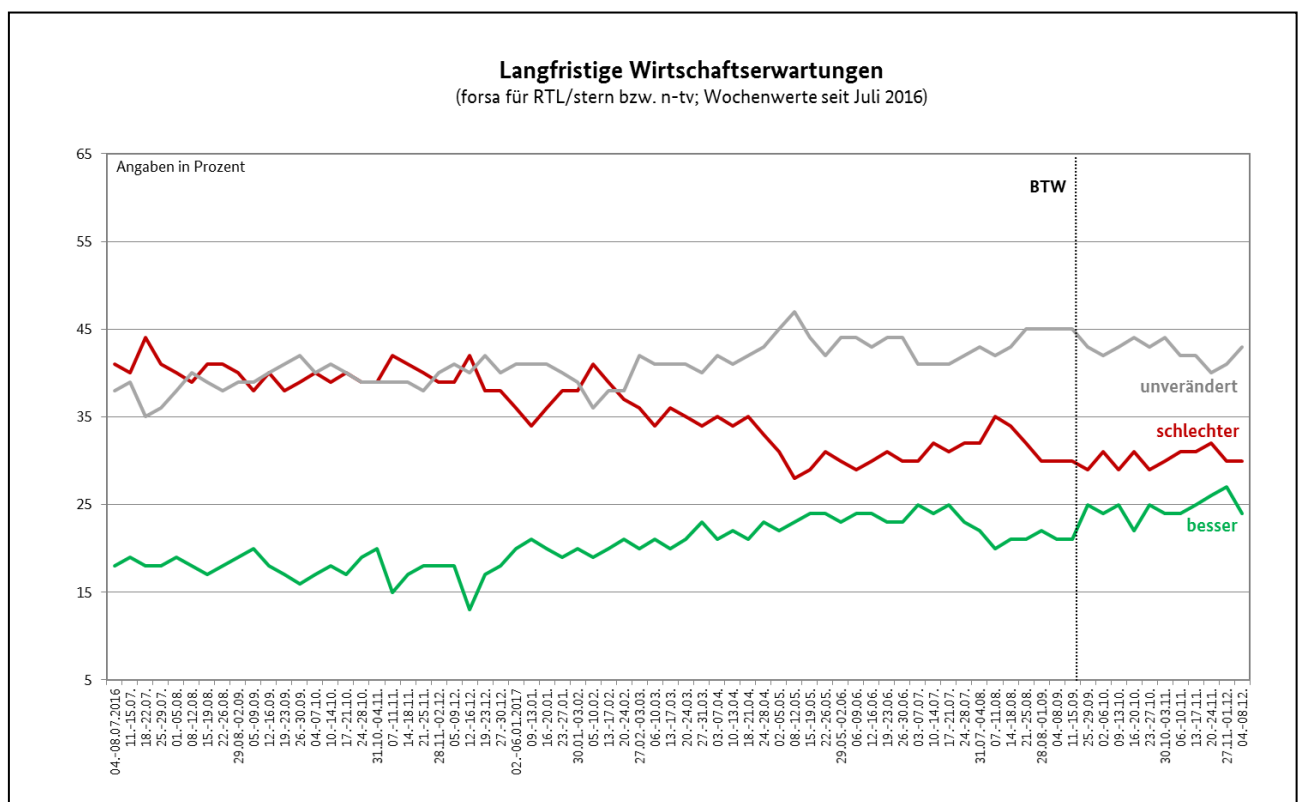
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	24	(-3)
schlechter	30	(-)
unverändert	43	(+2)
Erhebungszeitraum	04.-08.12.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 6 (+3) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Bewertung der eigenen gegenwärtigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	forsa für BPA
besser als vor einem Jahr	16 (-1)
schlechter als vor einem Jahr	17 (+2)
genauso wie vor einem Jahr	67 (-)
Erhebungszeitraum	04.-08.12.

Unter 30-Jährige nehmen deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr als über 60-Jährige (32 % zu 8 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (22 % zu 12 %).

Bewertung der eigenen zukünftigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	forsa für BPA
in einem Jahr besser	25 (+1)
in einem Jahr schlechter	10 (-1)
ungefähr so wie jetzt	64 (-)
Erhebungszeitraum	04.-08.12.

Unter 30-Jährige erwarten deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage als über 60-Jährige (43 % zu 13 %). Auch Geringverdiener (32 %) sind hier überdurchschnittlich oft optimistisch.

Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	forsa für BPA	
zurzeit günstig	45	(-5)
zurzeit eher ungünstig	46	(+5)
Erhebungszeitraum	04.-08.12.	

Gutverdiener sind häufiger als Geringverdiener (60 % zu 23 %) der Meinung, dass zurzeit ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre, und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (51 % zu 34 %). Auch 45- bis 59-Jährige (56 %) sind überdurchschnittlich oft dieser Meinung.

Einschätzung: Wie sehen die meisten Bürger ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	forsa für BPA	
eher optimistisch	49	(-3)
eher pessimistisch	28	(+2)
Erhebungszeitraum	04.-08.12.	

Gutverdiener (59 %) und über 60-Jährige (54 %) glauben mehrheitlich, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

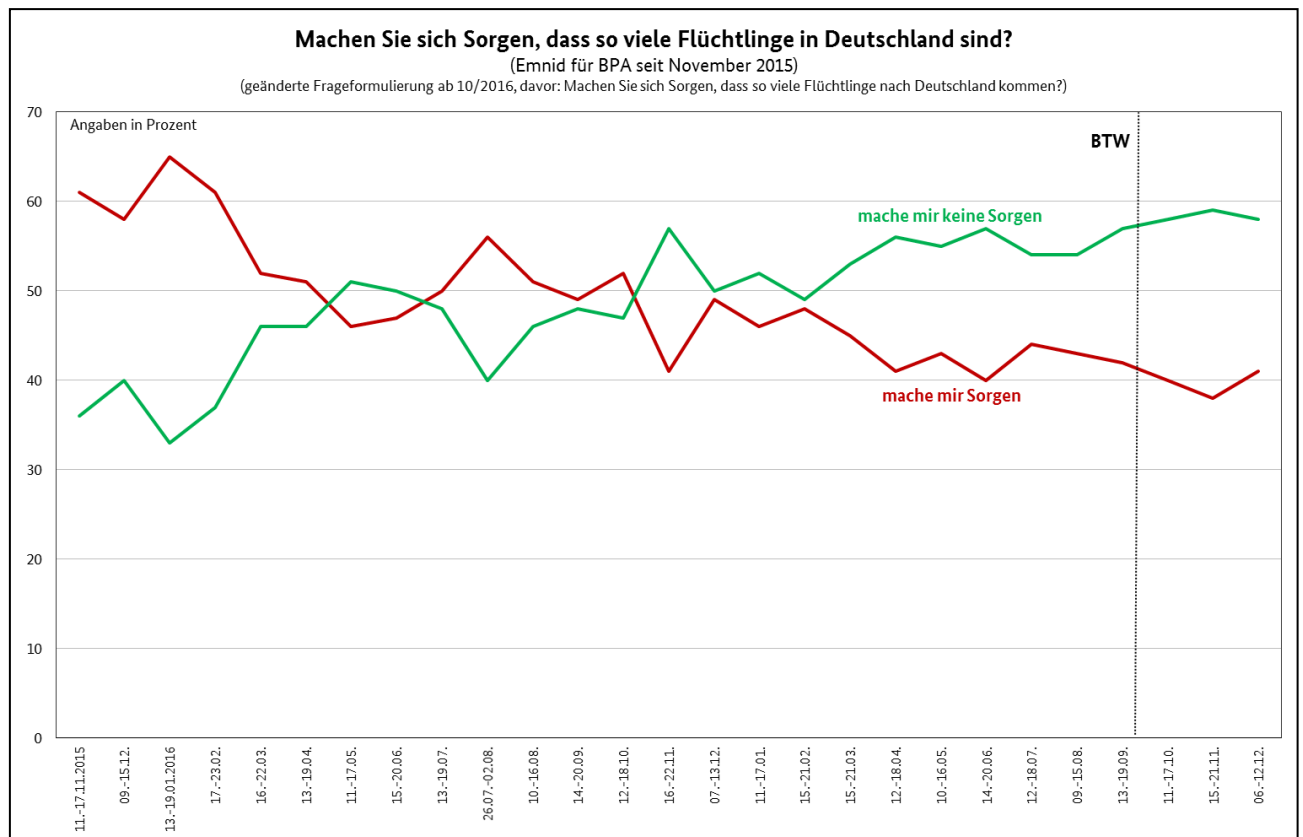
Geringverdiener und Personen mit mittlerem Einkommen (36 %), 40- bis 59-Jährige (35 %) und Ostdeutsche (33 %) glauben überdurchschnittlich häufig, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzen.

Machen Sie sich Sorgen darüber, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	Emnid für BPA
mache mir Sorgen	41 (+3)
mache mir keine Sorgen	58 (-1)
Erhebungszeitraum	06.-12.12.

40- bis 59-Jährige (48 %) sowie Anhänger der AfD (75 %) und der FDP (51 %) machen sich überdurchschnittlich oft Sorgen, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind. Personen mit einfacher formaler Bildung sind mehr besorgt als Personen mit hoher formaler Bildung (50 % zu 32 %). Unter 40-Jährige (67 %) sowie Anhänger der Grünen (86 %) und der Linkspartei (69 %) machen sich überdurchschnittlich oft keine Sorgen.



Hat die Aufnahme von Flüchtlingen kurzfristig bzw. langfristig für Deutschland ...?

Emnid für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

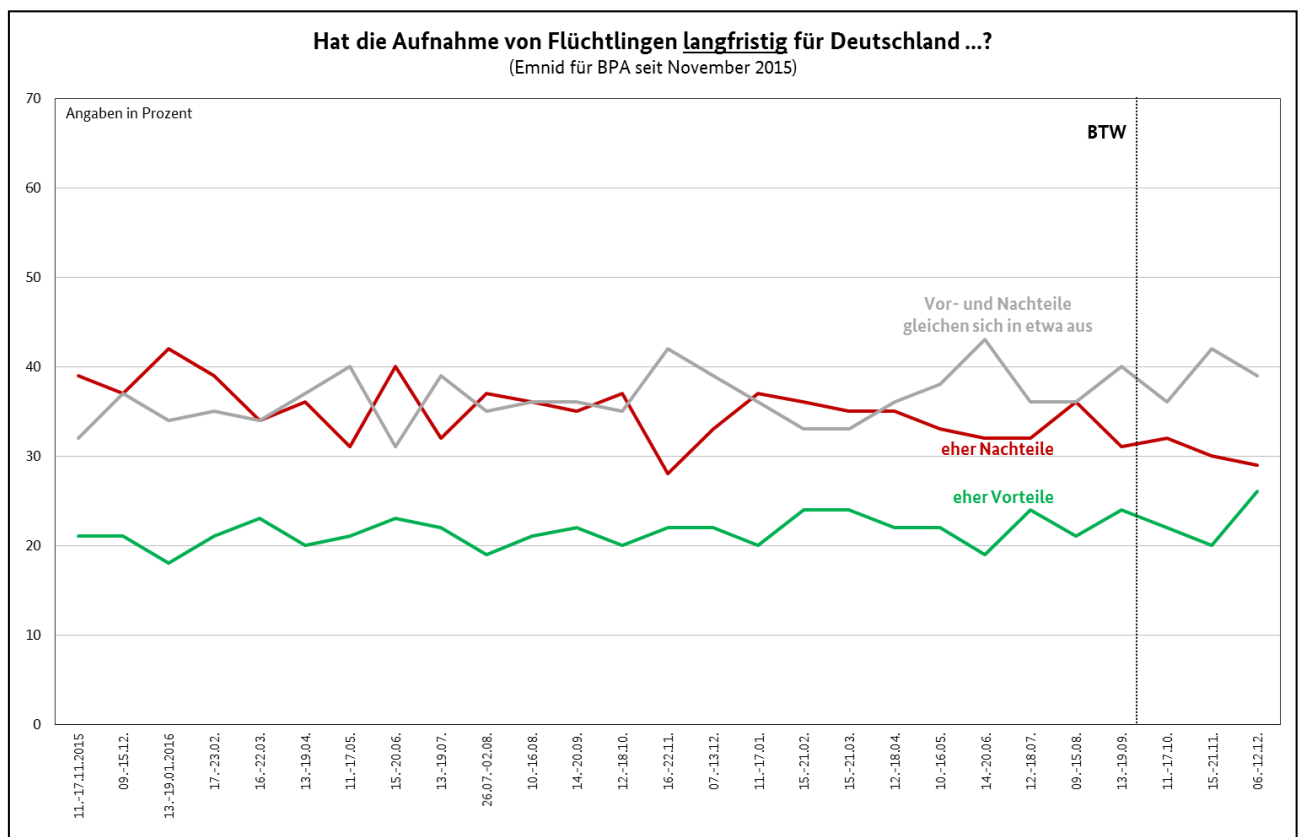
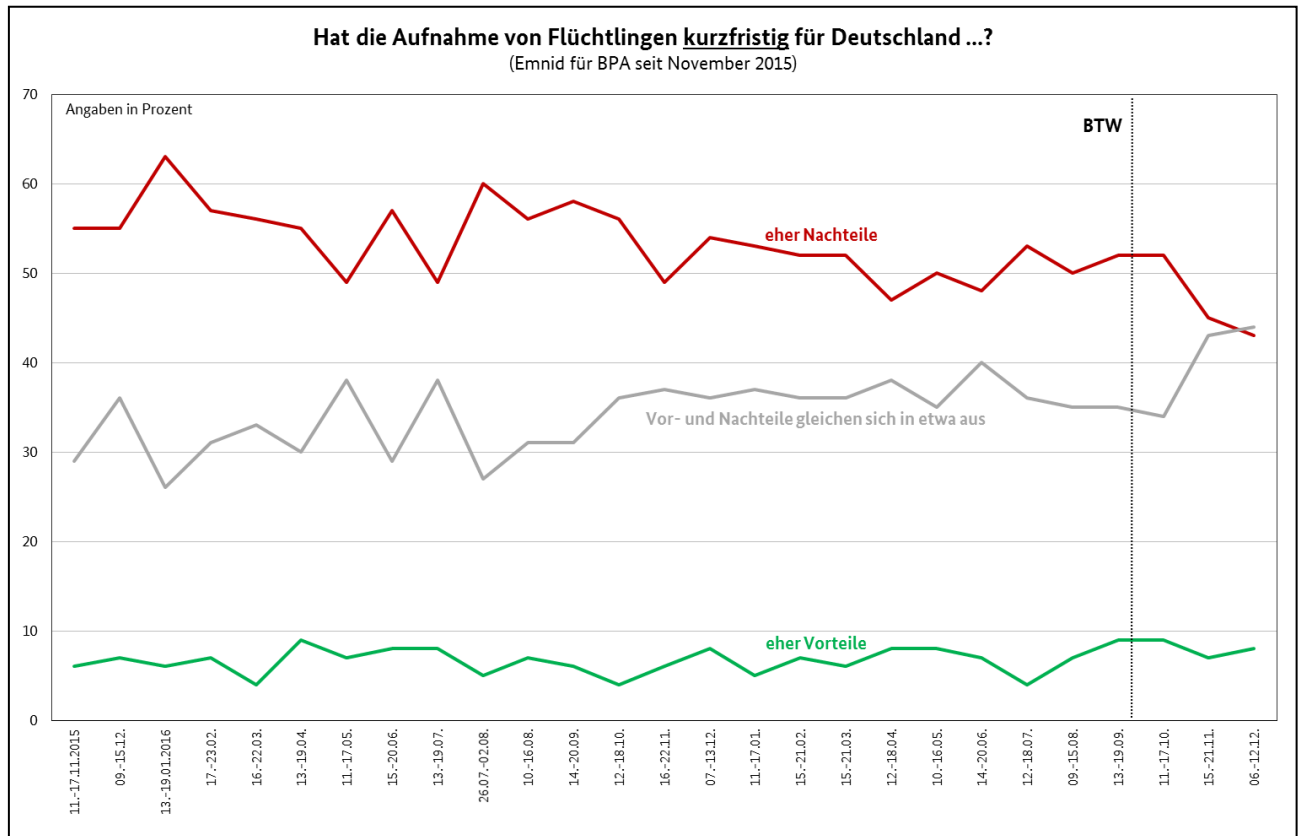
	kurzfristig	langfristig
eher Vorteile	8 (+1)	26 (+6)
eher Nachteile	43 (-2)	29 (-1)
Vor- und Nachteile gleichen sich in etwa aus	44 (+1)	39 (-3)
Erhebungszeitraum	06.-12.12.	

Kurzfristig sehen Männer, Personen mit hoher formaler Bildung (jew. 52 %) und 40- bis 59-Jährige (50 %) sowie Anhänger der AfD (82 %) und der Linkspartei (56 %) überdurchschnittlich oft eher Nachteile in der Aufnahme von Flüchtlingen.

Auch langfristig sehen besonders häufig Anhänger der AfD (66 %) sowie 40- bis 49-Jährige (38 %) eher Nachteile.

Der Anteil, der langfristig eher Vorteile sieht, ist auf 26 % gestiegen. Überdurchschnittlich oft sind 30- bis 39-Jährige (41 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (35 %) sowie Anhänger der Grünen (48 %) und der Linkspartei (45 %) dieser Meinung.

Dass sich Vor- und Nachteile eher ausgleichen, meinen Frauen (kurzfristig: 52 %, langfristig: 46 %) und Anhänger der SPD (kurzfristig: 51 %, langfristig: 47 %) überdurchschnittlich oft.



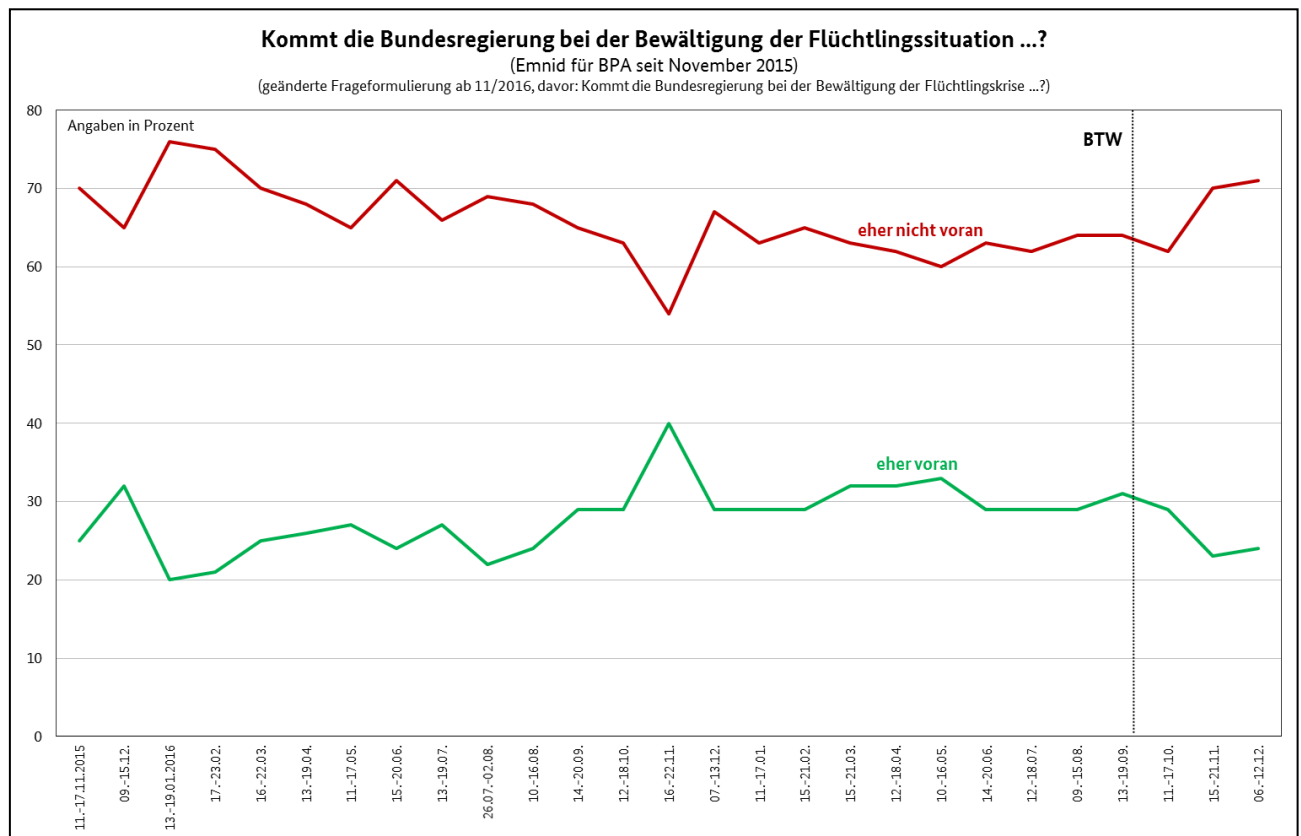
Kommt die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	Emnid für BPA
eher voran	24 (+1)
eher nicht voran	71 (+1)
Erhebungszeitraum	06.-12.12.

30- bis 39-Jährige (29 %) sowie Anhänger der Union (35 %) und der Grünen (30 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher vorankommt.

Hingegen meinen insbesondere Anhänger der AfD (94 %), dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher nicht vorankommt.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Koalitionsverhandlungen/Regierungsbildung	36 (-)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik	14 (-1)
US-Präsidentschaft Donald Trump	9 (+1)
Nahostkonflikt, Unruhen wegen Trumps Hauptstadt-Entscheidung	8 (neu)
Erhebungszeitraum	11.-13.12.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit den Koalitionsverhandlungen bzw. der Regierungsbildung. Überdurchschnittlich häufig sehen über 65-Jährige (42 %) sowie Anhänger der Grünen (46 %) und der Union (44 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Personen mit hoher formaler Bildung nennen es häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (41 % zu 27 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (39 % zu 28 %). 35- bis 49-Jährige (29 %) und Ostdeutsche (30 %) sowie Anhänger der AfD (21 %) und der Linkspartei (26 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

35- bis 49-Jährige (20 %) sowie Anhänger der AfD (36 %) und der FDP (25 %) erwähnen das Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik" besonders häufig. Anhänger der Linkspartei (5 %) nennen es unterdurchschnittlich oft.

